

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 23

München, den 16. Dezember

1996

Datum	Inhalt	Seite
22. 11. 1996	Verordnung zur Änderung der Bergbehörden-Verordnung 750-1-W	462
25. 11. 1996	Vierte Verordnung zur Änderung der Fachakademieordnung 2236-9-1-4-K	463
29. 11. 1996	Sechste Verordnung zur Änderung der Vergabeverordnung ZVS 2210-8-2-1-1-K	468
2. 12. 1996	Verordnung zur Änderung der Kurtaxordnung für die bayerischen Staatsbäder 2013-4-1-F	469
4. 12. 1996	Verordnung zur Änderung organisationsrechtlicher Vorschriften der staatlichen Landwirtschaftsverwaltung 7801-2-E, 7801-13-E, 7803-20-E	471
10. 12. 1996	Verordnung zur Änderung der Warenhausverordnung 2132-1-6-1	477
—	Berichtigung des Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes vom 11. November 1996 2210-1-1-K	477
—	Berichtigung der Verordnung über das Zufließen und die Überlassung von Kosten (Gebühren und Auslagen) vom 9. August 1996 2013-1-15-K	477

750-1-W

Verordnung zur Änderung der Bergbehörden-Verordnung

Vom 22. November 1996

Auf Grund von Art. 77 Abs. 1 Satz 2 der Verfassung sowie § 142 Satz 1 des Bundesberggesetzes vom 13. August 1980 (BGBl I S. 1310) und § 7 der Bergbehörden-Verordnung erläßt das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über Organisation und Zuständigkeiten der Bergbehörden (Bergbehörden-Verordnung – BergbehördV) vom 20. Dezember 1994 (GVBl S. 1060, BayRS 750-1-W) wird wie folgt geändert:

1. § 4 Abs. 1 Satz 4 wird aufgehoben.
2. In § 5 Abs. 1 werden die Worte „soweit nicht nach § 6 Abs. 4 und 5 dieser Verordnung die Gewerbeaufsichtsämter zuständig sind“ gestrichen.
3. § 6 Abs. 4 und 5 werden aufgehoben; der bisherige Absatz 6 wird Absatz 4.
4. Anlage 1 Nr. 5 erhält folgende Fassung:
„5. Markscheider-Bergverordnung vom 19. Dezember 1986 (BGBl I S. 2631) mit Ausnahme von § 10 Abs. 3 und § 12 sowie Einwirkungsbereichs-Bergverordnung vom 11. November 1982 (BGBl I S. 1553, 1558).“

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1997 in Kraft.

München, den 22. November 1996

**Bayerisches Staatsministerium
für Wirtschaft, Verkehr und Technologie**

Dr. Otto Wiesheu, Staatsminister

2236-9-1-4-K

Vierte Verordnung zur Änderung der Fachakademieordnung

Vom 25. November 1996

Auf Grund von Art. 18 Abs. 2, Art. 44 Abs. 2 Satz 1, Art. 45 Abs. 2, Art. 49 Abs. 1 Satz 2, Art. 89 und 128 Abs. 1 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen erläßt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst folgende Verordnung:

§ 1

Die Schulordnung für Fachakademien (Fachakademieordnung – FakO) vom 31. August 1984 (GVBl S. 339, BayRS 2236-9-1-4-K), zuletzt geändert durch Verordnung vom 30. Dezember 1994 (GVBl 1995 S. 39), wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift der Verordnung wird nach dem Wort „für“ das Wort „zweijährige“ eingefügt.
2. § 7 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Nach Maßgabe näherer Bestimmungen über die Gruppenbildung entscheidet die Schule nach pädagogischem Ermessen und nach den personellen, sächlichen und organisatorischen Gegebenheiten über die Teilung von Klassen in Gruppen.“
3. In § 24 Abs. 3 Satz 4 werden die Worte „des Staatsministeriums“ durch die Worte „der Schulaufsichtsbehörde“ ersetzt.
4. In § 27 Abs. 1 Satz 1 wird der Punkt durch einen Strichpunkt ersetzt und folgender Halbsatz angefügt: „bei Bedarf kann es in einzelnen Fächern eine andere Stelle beauftragen, die Aufgaben zu stellen.“
5. In § 44 Abs. 1 Satz 2 werden die Worte „Nebenamtlich oder nebenberuflich tätige“ durch die Worte „Mit weniger als der Hälfte der Unterrichtspflichtzeit beschäftigte“ ersetzt.
6. § 66 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) ¹Einschlägig ist eine berufliche Tätigkeit in hauswirtschaftlichen Mittel- oder Großbetrieben. ²Die einschlägige berufliche Tätigkeit nach § 4 Abs. 2 Nr. 1 kann auch nachgewiesen werden durch ein mindestens einjähriges Praktikum nach Satz 3. ³Das Praktikum ist in hauswirtschaftlichen Mittel- oder Großbetrieben sowie in Schneidereien oder anderen geeigneten textilverarbeitenden Betrieben (zwei Monate) und in Volksschulen (ein Monat) abzuleisten; die Tätigkeit in der Schneiderei bzw. im textilverarbeitenden Betrieb kann durch einen vierwöchigen systematischen Kurs in Textilverarbeitung ersetzt werden. ⁴Für die Durchführung des Praktikums kann das Staatsministerium Richtlinien erlassen.“

7. § 66b Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) ¹Bewerber können nur aufgenommen werden, wenn sie eine

1. Meisterprüfung im Tischlerhandwerk oder
2. staatliche Abschlußprüfung der Fachschule für Holztechnik oder
3. Industriemeisterprüfung in der Fachrichtung Holzverarbeitung oder
4. Diplomprüfung im Fachhochschulstudien-gang Holztechnik

erfolgreich abgelegt haben. ²Für Bewerber nach Satz 1 Nrn. 2 bis 4 setzt die Aufnahme außerdem eine mindestens dreijährige berufliche Tätigkeit im Möbelbau oder im Innenausbau sowie das Bestehen einer Aufnahmeprüfung in Gestaltung voraus; die Aufnahmeprüfung entspricht den Anforderungen an den Entwurf eines Meisterstücks im Tischlerhandwerk.“

8. § 68 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 2 wird aufgehoben; die Absätze 3 bis 5 werden Absätze 2 bis 4.
- b) Absatz 2 (neu) wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Worte „seine unter den an der Fachakademie angebotenen Wahlpflichtfächern getroffene Wahl“ durch die Worte „seinen im Rahmen des Angebots der Fachakademie gewählten Schwerpunkt“ ersetzt.
 - bb) In Satz 2 werden das Wort „können“ durch das Wort „kann“ und die Worte „andere Wahlpflichtfächer“ durch die Worte „ein anderer Schwerpunkt“ ersetzt.
- c) Absatz 3 (neu) wird wie folgt geändert:
 - aa) Die Worte „– Organisation (Bearbeitungszeit 120 Minuten)“ werden gestrichen.
 - bb) Die Worte „des Schwerpunktfachs aus den Wahlpflichtfächern (Bearbeitungszeit 240 Minuten)“ werden durch die Worte „der Schwerpunktfächer des gewählten Schwerpunkts (Bearbeitungszeit je 150 Minuten)“ ersetzt.
- d) In Absatz 4 (neu) werden die Worte „in drei, bei Wahl des Schwerpunktfachs Datenverarbeitung oder des Schwerpunktfachs Außenwirtschaft mit Französisch bzw. Spanisch für die Prüfung nach Satz 1 in zwei weiteren von ihnen ausgewählten Wahlpflichtfächern“ durch die Worte „in drei von ihnen ausgewählten Ergänzungsfächern“ ersetzt.

9. Anlage 1.3 wird wie folgt geändert:

- a) Die Fächer Physik und Elektrotechnik werden durch folgendes Fach ersetzt:

„Physik und Elektrotechnik 5 200 – –“.

- b) Beim Fach Chemisch-technische Analyse wird in Spalte 4 die Zahl „3“ durch die Zahl „4“ und in Spalte 5 die Zahl „120“ durch die Zahl „160“ ersetzt.

- c) Beim Fach Maschinenkunde und Energietechnik wird in Spalte 4 die Zahl „6“ durch die Zahl „5“ und in Spalte 5 die Zahl „240“ durch die Zahl „200“ ersetzt.

- d) Das Fach Datenverarbeitung wird durch folgendes Fach ersetzt:

„Datenverarbeitung und Statistik 2 80 – –“.

- e) Nach dem (neuen) Fach Datenverarbeitung und Statistik wird folgendes Fach eingefügt:

„Produktions-
und Qualitätsmanagement – – 2 80“.

- f) Beim Fach Meß-, Steuerungs- und Regeltechnik werden in Spalte 4 die Zahl „5“ durch die Zahl „4“ und in Spalte 5 die Zahl „200“ durch die Zahl „160“ ersetzt.

- g) Beim Fach Umweltschutz und Arbeitssicherheit werden in Spalte 2 die Zahl „2“ und in Spalte 3 die Zahl „80“ jeweils durch einen Strich und in Spalte 4 der Strich durch die Zahl „2“ sowie in Spalte 5 der Strich durch die Zahl „80“ ersetzt.

- h) Das Fach Betriebsorganisation und Statistik wird durch folgendes Fach ersetzt:

„Betriebsorganisation – – 2 80“.

10. In der Anlage 1.4 wird den Wahlfächern folgendes Fach angefügt:

„Grundlagen der Chemie 2 80 – –“.

11. Anlage 1.8 erhält folgende Fassung:

„Anlage 1.8

Studentafel für Fachakademien für Wirtschaft

Fächer	1. Studienjahr		2. Studienjahr	
	Wochen- stunden	Jahres- stunden	Wochen- stunden	Jahres- stunden
1 <u>Pflichtfächer</u>				
Betriebswirtschaft	6	240	4	160
Volkswirtschaft	2	80	3	120
Organisation mit Datenverarbeitung	4	160	–	–
Wirtschaftsmathematik mit Statistik	2	80	2	80
Rechnungswesen	4	160	–	–
Recht	4	160	–	–
Deutsch	3	120	2	80
Englisch	3	120	2	80
Sozialkunde	1	40	1	40
	29	1 160	14	560
2 <u>Wahlpflichtfächer</u>				
2.1 Sprachen¹⁾				
Französisch	3	120	–	–
Spanisch	3	120	–	–
Wirtschaftsenglisch	3	120	–	–
2.2 Schwerpunkte²⁾				
Schwerpunkt Absatzwirtschaft				
Schwerpunktfach Absatzforschung und Marketingpolitik	–	–	6	240
Schwerpunktfach Wettbewerbsrecht und internationales Marketing	–	–	6	240
Schwerpunkt Finanzwirtschaft				
Schwerpunktfach Jahresabschluß und Jahresabschlußanalyse	–	–	6	240
Schwerpunktfach Finanzierung und Investition	–	–	6	240
Schwerpunkt Personalwirtschaft				
Schwerpunktfach Personalbeschaffung und Personalentwicklung	–	–	6	240
Schwerpunktfach Personalverwaltung	–	–	6	240

¹⁾ Die Studierenden haben eine Sprache zu wählen.

²⁾ Die Studierenden haben einen Schwerpunkt zu wählen, der sich jeweils aus zwei Schwerpunktfächern zusammensetzt.

Fächer	1. Studienjahr		2. Studienjahr	
	Wochen- stunden	Jahres- stunden	Wochen- stunden	Jahres- stunden
Schwerpunkt Informationswirtschaft				
Schwerpunktfach Integrierte Informationsverarbeitung	–	–	6	240
Schwerpunktfach Software Engineering	–	–	6	240
Schwerpunkt Außenwirtschaft mit Französisch				
Schwerpunktfach Außenwirtschaft	–	–	6	240
Schwerpunktfach Französisch	–	–	6	240
Schwerpunkt Außenwirtschaft mit Spanisch				
Schwerpunktfach Außenwirtschaft	–	–	6	240
Schwerpunktfach Spanisch	–	–	6	240
2.3 Ergänzungsfächer³⁾				
Absatzwirtschaft	–	–	2	80
Finanzwirtschaft	–	–	2	80
Personalwirtschaft	–	–	2	80
Informationswirtschaft	–	–	2	80
Außenwirtschaft	–	–	2	80
Produktionswirtschaft	–	–	2	80
Grundstücks- und Wohnungswirtschaft	–	–	2	80
Steuerrecht	–	–	2	80
Touristik	–	–	2	80
Verkehrswirtschaft	–	–	2	80
3 Wahlfächer				
Mathematik ⁴⁾	–	–	2	80
Physik ⁴⁾	2	80	1	40
Berufs- und Arbeitspädagogik	1	40	1	40
Französisch ^{5) 6)}	2	80	2	80
Italienisch ⁵⁾	2	80	2	80
Spanisch ^{5) 6)}	2	80	2	80
Russisch ⁵⁾	2	80	2	80
Englische Konversation	2	80	2	80
Französische Konversation ⁷⁾	–	–	2	80
Spanische Konversation ⁸⁾	–	–	2	80

³⁾ Die Studierenden haben drei Ergänzungsfächer zu wählen, die sich vom Schwerpunkt unterscheiden.

⁴⁾ Das Fach dient der Vorbereitung auf die Ergänzungsprüfung zum Erwerb der Fachhochschulreife.

⁵⁾ An Stelle von zwei Fächern mit jeweils zwei Wochenstunden kann auch ein Fach mit vier Wochenstunden eingerichtet werden.

⁶⁾ Das Fach kann nur von Studierenden gewählt werden, bei denen die jeweilige Sprache nicht Schwerpunktfach ist.

⁷⁾ Das Fach kann nur von Studierenden mit dem Schwerpunkt Außenwirtschaft mit Französisch gewählt werden.

⁸⁾ Das Fach kann nur von Studierenden mit dem Schwerpunkt Außenwirtschaft mit Spanisch gewählt werden.“

§ 2

(1) ¹Diese Verordnung tritt am 1. August 1997 in Kraft. ²Abweichend von Satz 1 treten § 1 Nrn. 4 und 7 am 1. Januar 1997 sowie § 1 Nr. 6 am 1. August 1998 in Kraft.

(2) ¹Für die Fachakademien für Wirtschaft gelten im übrigen im Schuljahr 1997/98 für das zweite Studienjahr und für die Abschlußprüfung die bisherigen Bestimmungen. ²Soweit die Aufnahme in die Fachakademie für Hauswirtschaft nach § 66 Abs. 1 FakO in der bis 31. Juli 1998 geltenden Fassung bereits zugesagt ist, hat es hierbei sein Bewenden.

München, den 25. November 1996

**Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst**

Hans Zehetmair, Staatsminister

2210-8-2-1-1-K

Sechste Verordnung zur Änderung der Vergabeverordnung ZVS

Vom 29. November 1996

Auf Grund von Art. 11 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrags über die Vergabe von Studienplätzen vom 19. Februar 1988 (GVBl S. 18, BayRS 2210-8-2-K), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. April 1994 (GVBl S. 296), in Verbindung mit Art. 16 Abs. 1 Nrn. 1 bis 13 des Staatsvertrags über die Vergabe von Studienplätzen vom 12. März 1992 (GVBl 1993 S. 14, BayRS 2210-8-1-1-K), erläßt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die zentrale Vergabe von Studienplätzen und die Durchführung eines Feststellungsverfahrens (Vergabeverordnung ZVS) vom 18. November 1993 (GVBl S. 886, BayRS 2210-8-2-1-1-K), zuletzt geändert durch Verordnung vom 20. März 1996 (GVBl S. 136), wird wie folgt geändert:

1. Dem § 3 Abs. 6 Satz 1 Halbsatz 2 werden nach dem Wort „Teilstudienplatz“ die Wörter „oder bei Nachweis schwerwiegender persönlicher, insbesondere gesundheitlicher oder familiärer Gründe für einen Studienortwechsel“ angefügt.

2. Dem § 17 wird folgender Absatz 8 angefügt:

„(8) ¹Bei Bewerberinnen und Bewerbern für die Studiengänge Medizin, Tiermedizin oder Zahnmedizin, die sich für den beantragten Studiengang im besonderen Auswahlverfahren beworben haben sowie im allgemeinen Auswahlverfahren spätestens zum Wintersemester 1998/99 bewerben und die für den beantragten Studiengang weder im besonderen Auswahlverfahren mit der Folge des Verlustes der angesammelten Bewerbungssemester noch im allgemeinen Auswahlverfahren zugelassen worden sind, wird, abweichend von Absatz 4, für eine Berufsausbildung, eine Berufstätigkeit oder einen Dienst, die vor dem 16. Januar 1997 aufgenommen worden sind, die Zahl der Halbjahre erhöht um

1. eins für je sechs Monate Berufsausbildung, höchstens jedoch um vier Halbjahre, wenn damit vor dem Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung ein berufsqualifizierender Abschluß außerhalb der Hochschule erlangt worden ist,
2. eins für je sechs Monate Berufsausbildung, höchstens jedoch um vier Halbjahre, wenn damit nach dem Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung ein berufsqualifizierender Abschluß außerhalb der Hochschule erlangt worden ist,

3. zwei für je 36 Monate Berufstätigkeit nach dem Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung, wenn nach einem berufsqualifizierenden Abschluß außerhalb der Hochschule, für den nach den Nummern 1 oder 2 eine Erhöhung der Zahl der Halbjahre vorgenommen wird, eine Berufstätigkeit ausgeübt worden ist,
4. eins für je angefangene sechs Monate Dienst, höchstens jedoch um sechs Halbjahre, wenn Dienst geleistet worden ist,
5. eins, wenn nach dem Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung eine mindestens dreijährige Berufstätigkeit ausgeübt worden ist, es sei denn, hierfür wird eine Erhöhung der Zahl der Halbjahre nach Nummer 3 vorgenommen.

²Der berufsqualifizierende Abschluß und die Berufstätigkeit müssen spätestens innerhalb der Nachfrist nach § 3 Abs. 5 Satz 2 abgeschlossen und nachgewiesen sein. ³Ist während eines Dienstes ein berufsqualifizierender Abschluß erlangt worden, wird dieser nicht nach Satz 1 Nrn. 1 und 2 berücksichtigt; Satz 1 Nr. 3 wird angewandt.“

3. Anlage 1 wird wie folgt geändert:

- a) Die Fußnote 1 sowie die Fußnotenzeichen bei den Studiengängen „Medizin“, „Tiermedizin“ und „Zahnmedizin“ werden gestrichen.
- b) Die Fußnote 2 sowie das Fußnotenzeichen bei dem Studiengang „Haushalts- und Ernährungswissenschaft (Ernährungs- und Haushaltswirtschaft, Haushaltswirtschaft und Ernährungswissenschaft, Ökotrophologie)“ werden gestrichen.

§ 2

¹Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 16. Dezember 1996 in Kraft. ²Sie gilt erstmals für das Vergabeverfahren zum Sommersemester 1997. ³Abweichend von Satz 2 gilt § 1 Nrn. 2 und 3a erstmals für das Vergabeverfahren zum Sommersemester 1998.

München, den 29. November 1996

**Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst**

Hans Zehetmair, Staatsminister

2013-4-1-F

**Verordnung
zur Änderung der
Kurtaxordnung für die
bayerischen Staatsbäder**

Vom 2. Dezember 1996

Auf Grund des Art. 25a Abs. 3 Satz 1 des Kostengesetzes erläßt das Bayerische Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die Erhebung der Kurtaxe in den bayerischen Staatsbädern Bad Reichenhall, Bad Steben, Bad Kissingen, Bad Brückenau und Bad Bocklet – Kurtaxordnung für die bayerischen Staatsbäder (BayRS 2013-4-1-F), zuletzt geändert durch Verordnung vom 29. November 1995 (GVBl S. 822), wird wie folgt geändert:

Anlage 2 (zu §§ 5 und 6) wird für das Jahr 1997 durch die **Anlage** zu dieser Verordnung ersetzt.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1997 in Kraft.

München, den 2. Dezember 1996

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen

Erwin Huber, Staatsminister

**Höhe der Kurtaxe (einschließlich Umsatzsteuer)
in den bayerischen Staatsbädern**

– ab 1. Januar 1997 –

			für die		
			erste Person	zweite Person	dritte Person
			DM	DM	DM
1.	Bad Reichenhall				
1.1	Kurtaxe				
1.1.1	in der Kurzone I	– Hauptkurzeit –	5,10	4,45	2,90
1.1.2		– übrige Kurzeit –	4,60	4,05	2,65
1.1.3	in der Kurzone II	– ganzjährig –	3,60	3,00	2,20
1.2	Ermäßigte Kurtaxe				
1.2.1	in der Kurzone I	– Hauptkurzeit –	4,65	4,05	2,90
1.2.2		– übrige Kurzeit –	4,15	3,75	2,65
1.2.3	in der Kurzone II	– ganzjährig –	3,20	2,75	2,20
1.3	Tageskarte 5,10 DM				
2.	Bad Steben				
2.1	Kurtaxe		4,50	3,70	2,20
2.2	Ermäßigte Kurtaxe		4,10	3,30	2,00
2.3	Tageskarte 4,50 DM				
3.	Bad Kissingen				
3.1	Kurtaxe		6,00	4,90	3,40
3.2	Ermäßigte Kurtaxe		5,50	3,80	3,10
3.3	Tageskarte 6,00 DM				
4.	Bad Brückenau				
4.1	Kurtaxe				
4.1.1	in der Kurzone I		4,50	3,60	2,50
4.1.2	in der Kurzone II		3,55	3,05	2,10
4.2	Ermäßigte Kurtaxe				
4.2.1	in der Kurzone I		4,15	3,35	2,50
4.2.2	in der Kurzone II		3,25	2,70	2,10
4.3	Tageskarte 4,50 DM				
5.	Bad Bocklet				
5.1	Kurtaxe				
5.1.1	in der Hauptkurzeit		3,50	2,70	1,80
5.1.2	in der übrigen Kurzeit		2,50	2,00	1,40
5.2	Ermäßigte Kurtaxe				
5.2.1	in der Hauptkurzeit		3,15	2,40	1,80
5.2.2	in der übrigen Kurzeit		2,20	1,90	1,40
5.3	Tageskarte 3,50 DM				

Verordnung zur Änderung organisationsrechtlicher Vorschriften der staatlichen Landwirtschaftsverwaltung

Vom 4. Dezember 1996

Auf Grund des § 1 der Verordnung über die Einrichtung der staatlichen Behörden (BayRS 200-1-S) und des Art. 4 Sätze 2 und 3 des Gesetzes zur Ausführung des Berufsbildungsgesetzes – AGBBiG – in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. September 1993 (GVBl S. 754, BayRS 800-21-1-A) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die Ämter der staatlichen Landwirtschaftsberatung vom 18. Mai 1993 (GVBl S. 384, BayRS 7801-2-E), zuletzt geändert durch Verordnung vom 16. März 1995 (GVBl S. 147), wird wie folgt geändert:

1. § 1 erhält folgende Fassung:

„§ 1

Die Aufgaben der staatlichen Landwirtschaftsberatung nach dem Gesetz zur Förderung der bayerischen Landwirtschaft und die Aufgaben der staatlichen Landwirtschaftsverwaltung nach den einschlägigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften nehmen die Ämter für Landwirtschaft und Ernährung wahr.“

2. In § 3 Abs. 2 Nr. 1 werden die Worte „Tierzuchtämter und die“ gestrichen sowie das Wort „Zucht“ durch das Wort „Tierzucht“ ersetzt.
3. Die Anlage wird durch die **Anlage** zu dieser Verordnung nach Maßgabe von § 4 Abs. 2 und 3 ersetzt.

§ 2

Die Verordnung über das Bayerische Landesamt für Pferdezücht und Pferdesport (BayRS 7801-13-E), zuletzt geändert durch Verordnung vom 6. Juni 1986 (GVBl S. 96), wird aufgehoben.

§ 3

In § 4 Nr. 5 und in § 6 Nr. 4 der Verordnung über Zuständigkeiten für die Berufsbildung in der Landwirtschaft (VZBL) vom 5. August 1993 (GVBl S. 566, BayRS 7803-20-E), zuletzt geändert durch Verordnung vom 9. August 1996 (GVBl S. 390), werden jeweils die Worte „das Landesamt für Pferdezücht und Pferdesport“ durch die Worte „die Landesanstalt für Tierzücht“ ersetzt.

§ 4

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1997 in Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 treten § 1 Nrn. 1 und 2 in Verbindung mit

1. Nummer 23 der Anlage (Landshut) am 1. April 1997,
2. Nummern 13 und 30 der Anlage (Pfaffenhofen und Schwandorf/Nabburg) am 1. Mai 1997 und
3. Nummern 36 und 62 der Anlage (Bayreuth und Kempten) am 1. Juli 1997

in Kraft.

(3) Abweichend von Absatz 1 bleiben von Teil II der bisherigen Anlage zur Verordnung über die Ämter der staatlichen Landwirtschaftsberatung

1. Nummer 4 (Landshut) bis 31. März 1997,
2. Nummern 2 und 5 (Pfaffenhofen und Schwandorf) bis 30. April 1997,
3. Nummern 6, 6.1, 7 und 7.1 (Bayreuth mit Dienststelle Coburg und Allgäu in Kempten mit Dienststelle Kaufbeuren) bis 30. Juni 1997

in Kraft.

München, den 4. Dezember 1996

**Bayerisches Staatsministerium
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

Reinhold Bocklet, Staatsminister

Ämter für Landwirtschaft und Ernährung

Lfd. Nr.	Name und Sitz	mit Land- wirt- schafts- schule (LS)	Amtsbereich – Landkreis, Kreisfreie Stadt (S) – in Angelegenheiten der/des	
			Landentwicklung und Förderung, Betriebsberatung und Bildung, Ernährung und Hauswirtschaft	– Bodenkultur und Pflanzenbaus – Gartenbaus – Tierzucht (einschl. Schaf- und Kleintierhaltung)
1	2	3	4	5
	Oberbayern			
1	Altötting in Neuötting	LS	Altötting	
2	Dachau	LS	Dachau	
3	Ebersberg	LS	Ebersberg	
4	Erding	LS	Erding	
5	Fürstenfeldbruck	LS	Fürstenfeldbruck	
6	Ingolstadt	LS	Eichstätt Ingolstadt (S)	– Bodenkultur und Pflanzenbau: Eichstätt Ingolstadt (S) Dachau Freising Fürstenfeldbruck Neuburg-Schrobenhausen Pfaffenhofen a. d. Ilm
7	Landsberg	LS	Landsberg a. Lech	
8	Laufen	LS	Berchtesgadener Land	
9	Miesbach	LS	Miesbach	– Tierzucht: Miesbach Bad Tölz-Wolfratshausen Rosenheim Rosenheim (S)
10	Moosburg	LS	Freising	
11	Mühldorf	LS	Mühldorf a. Inn	– Tierzucht: Mühldorf a. Inn Altötting Ebersberg Erding
12	München	LS	München München (S)	
13	Pfaffenhofen	LS	Pfaffenhofen a. d. Ilm	– Tierzucht: Pfaffenhofen a. d. Ilm Dachau Eichstätt Ingolstadt (S) Freising München München (S) Neuburg-Schrobenhausen
14	Schrobenhausen	LS	Neuburg-Schrobenhausen	
15	Traunstein	LS	Traunstein	– Tierzucht: Traunstein Berchtesgadener Land

Lfd. Nr.	Name und Sitz	mit Land- wirt- schafts- schule (LS)	Amtsbereich – Landkreis, Kreisfreie Stadt (S) – in Angelegenheiten der/des	
			Landentwicklung und Förderung, Betriebsberatung und Bildung, Ernährung und Hauswirtschaft	– Bodenkultur und Pflanzenbaus – Gartenbaus – Tierzucht (einschl. Schaf- und Kleintierhaltung)
1	2	3	4	5
16	Wasserburg	LS	Rosenheim Rosenheim (S)	– Bodenkultur und Pflanzenbau: Rosenheim Rosenheim (S) Altötting Bad Tölz-Wolfratshausen Berchtesgadener Land Ebersberg Erding Garmisch-Partenkirchen Landsberg a. Lech Miesbach Mühldorf a. Inn München München (S) Starnberg Traunstein Weilheim-Schongau
16.1	Dienststelle Rosenheim	LS		
17	Weilheim	LS	Weilheim-Schongau Garmisch-Partenkirchen Starnberg	– Tierzucht: Weilheim-Schongau Fürstenfeldbruck Garmisch-Partenkirchen Landsberg a. Lech Starnberg
17.1	Dienststelle Starnberg	—		
18	Wolfratshausen	LS	Bad Tölz-Wolfratshausen	
Niederbayern				
19	Abensberg	LS	Kelheim	
20	Deggendorf	LS	Deggendorf	– Bodenkultur und Pflanzenbau: Regierungsbezirk Nieder- bayern
21	Eggenfelden	LS	Rottal-Inn	
21.1	Dienststelle Pfarrkirchen	LS		
22	Landau	LS	Dingolfing-Landau	
23	Landshut	LS	Landshut Landshut (S)	– Tierzucht: Landshut Landshut (S) Dingolfing-Landau Kelheim Rottal-Inn Straubing-Bogen Straubing (S)
24	Passau-Rothalmünster in Passau	LS	Passau Passau (S)	– Tierzucht: Passau Passau (S)

Lfd. Nr.	Name und Sitz	mit Land- wirt- schafts- schule (LS)	Amtsbereich – Landkreis, Kreisfreie Stadt (S) – in Angelegenheiten der/des	
			Landentwicklung und Förderung, Betriebsberatung und Bildung, Ernährung und Hauswirtschaft	– Bodenkultur und Pflanzenbaus – Gartenbau – Tierzucht (einschl. Schaf- und Kleintierhaltung)
1	2	3	4	5
24.1	Dienststelle Rotthalmünster	LS		
25	Regen	—	Regen	– Tierzucht: Regen Freyung-Grafenau Deggendorf
26	Straubing-Bogen in Straubing	LS	Straubing-Bogen Straubing (S)	
27	Waldkirchen	—	Freyung-Grafenau	
Oberpfalz				
28	Amberg	LS	Amberg-Sulzbach Amberg (S)	
29	Cham	LS	Cham	
30	Schwandorf/Nabburg in Schwandorf und Nabburg	LS	Schwandorf	– Tierzucht: Regierungsbezirk Oberpfalz
31	Neumarkt	LS	Neumarkt i. d. OPf.	
32	Regensburg	LS	Regensburg Regensburg (S)	– Bodenkultur und Pflanzenbau: Regierungsbezirk Oberpfalz
33	Tirschenreuth	LS	Tirschenreuth	
34	Weiden	LS	Neustadt a. d. Waldnaab Weiden i. d. OPf. (S)	
Oberfranken				
35	Bamberg	LS	Bamberg Bamberg (S)	– Gartenbau: Regierungsbezirk Ober- franken
35.1	Staatliche Versuchs- und Lehrwirtschaft für Gartenbau	—		
36	Bayreuth	LS	Bayreuth Bayreuth (S)	– Bodenkultur und Pflanzenbau: – Tierzucht: Regierungsbezirk Ober- franken
37	Coburg	LS	Coburg Coburg (S)	
38	Forchheim	—	Forchheim	
39	Kronach	—	Kronach	
40	Kulmbach	LS	Kulmbach	
41	Münchberg	LS	Hof Hof (S)	
42	Staffelstein	—	Lichtenfels	
43	Wunsiedel	LS	Wunsiedel i. Fichtelgebirge	

Lfd. Nr.	Name und Sitz	mit Land- wirt- schafts- schule (LS)	Amtsbereich – Landkreis, Kreisfreie Stadt (S) – in Angelegenheiten der/des	
			Landentwicklung und Förderung, Betriebsberatung und Bildung, Ernährung und Hauswirtschaft	– Bodenkultur und Pflanzenbau – Gartenbau – Tierzucht (einschl. Schaf- und Kleintierhaltung)
1	2	3	4	5
	Mittelfranken			
44	Ansbach	LS	Ansbach Ansbach (S)	– Bodenkultur und Pflanzenbau, – Tierzucht: Regierungsbezirk Mittel- franken
44.1	Dienststelle Dinkelsbühl	—		
44.2	Dienststelle Rothenburg ob der Tauber	—		
45	Fürth	LS	Fürth Fürth (S) Nürnberg (S)	– Gartenbau (Gemüsebau): Fürth Fürth (S) Nürnberg (S)
46	Hersbruck	—	Nürnberger Land	
47	Höchstadt	—	Erlangen-Höchstadt Erlangen (S)	
48	Roth	LS	Roth Schwabach (S)	
49	Uffenheim	LS	Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim	
49.1	Dienststelle Neustadt a. d. Aisch			
50	Weißenburg	LS	Weißenburg-Gunzenhausen	
50.1	Beratungsstelle Mittel- fränkisches Seengebiet in Gunzenhausen	—		
	Unterfranken			
51	Aschaffenburg	—	Aschaffenburg Aschaffenburg (S) Miltenberg	
51.1	Dienststelle Miltenberg	—		
52	Bad Kissingen	—	Bad Kissingen	
53	Bad Neustadt	LS	Rhön-Grabfeld	
54	Hofheim	—	Haßberge	
55	Karlstadt	—	Main-Spessart	
56	Kitzingen	—	Kitzingen	
57	Schweinfurt	LS	Schweinfurt Schweinfurt (S)	
58	Würzburg	LS	Würzburg Würzburg (S)	– Bodenkultur und Pflanzenbau, – Tierzucht: Regierungsbezirk Unter- franken

Lfd. Nr.	Name und Sitz	mit Land- wirt- schafts- schule (LS)	Amtsbereich – Landkreis, Kreisfreie Stadt (S) – in Angelegenheiten der/des	
			Landentwicklung und Förderung, Betriebsberatung und Bildung, Ernährung und Hauswirtschaft	– Bodenkultur und Pflanzenbaus – Gartenbaus – Tierzucht (einschl. Schaf- und Kleintierhaltung)
1	2	3	4	5
	Schwaben			
59	Augsburg in Stadtbergen	LS	Augsburg Augsburg (S)	– Bodenkultur und Pflanzenbau: Regierungsbezirk Schwaben
59.1	Dienststelle Schwabmünchen	LS		
60	Friedberg	LS	Aichach-Friedberg	
61	Kaufbeuren	LS	Ostallgäu Kaufbeuren	– Tierzucht: Ostallgäu Kaufbeuren (S) vom Landkreis Unterallgäu die Gemeinden Amberg, Apfeltrach, Bad Wörishofen, Breitenbrunn, Dirlewang, Eppishausen, Ettringen, Kamlach, Kirchheim, Markt Wald, Mindelheim, Oberrieden, Pfaffenhausen, Rammingen, Salgen, Stet- ten, Türkheim, Tussenhau- sen, Unteregg, Wiedergel- tingen
62	Kempton	LS	Oberallgäu Kempton (Allgäu) (S)	– Tierzucht: Oberallgäu Kempton (Allgäu) (S) Lindau (Bodensee) Unterallgäu, soweit nicht das Amt für Landwirt- schaft und Ernährung Kaufbeuren zuständig ist (Nr. 61 der Anlage) Memmingen (S)
62.1	Dienststelle Immenstadt	LS		
63	Krumbach	LS	Günzburg	
64	Lindau	—	Lindau (Bodensee)	
65	Mindelheim	LS	Unterallgäu Memmingen (S)	
65.1	Dienststelle Memmingen	LS		
66	Nördlingen	LS	Donau-Ries	
67	Weißenhorn	LS	Neu-Ulm	
68	Wertingen	LS	Dillingen a. d. Donau	– Tierzucht: Dillingen a. d. Donau Aichach-Friedberg Augsburg Augsburg (S) Donau-Ries Günzburg Neu-Ulm

2132-1-6-I

Verordnung zur Änderung der Warenhausverordnung

Vom 10. Dezember 1996

Auf Grund von Art. 97 Abs. 1 Nrn. 3 und 5 der Bayerischen Bauordnung und Art. 38 Abs. 3 des Landesstraß- und Ordnungsgesetzes erläßt das Bayerische Staatsministerium des Innern folgende Verordnung:

§ 1

In § 26 der Verordnung über Waren- und Geschäftshäuser (Warenhausverordnung – WaV) vom 20. März 1985 (GVBl S. 68, BayRS 2132-1-6-I), geändert durch Verordnung vom 9. März 1995 (GVBl S. 125), wird das Datum „31. Dezember 1996“ durch das Datum „31. Dezember 1997“ ersetzt.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 30. Dezember 1996 in Kraft.

München, den 10. Dezember 1996

Bayerisches Staatsministerium des Innern

Dr. Günther Beckstein, Staatsminister

2210-1-1-K

Berichtigung

Das Gesetz zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes vom 11. November 1996 (GVBl S. 447) wird wie folgt berichtigt:

In § 1 muß es statt: „zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. August 1994 (GVBl S. 763)“ richtig lauten: „zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 26. April 1996 (GVBl S. 154)“.

München, den 29. November 1996

Der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei

Prof. Dr. Kurt Faltlhauser, Staatsminister

2013-1-15-F

Berichtigung

Die Verordnung über das Zufließen und die Überlassung von Kosten (Gebühren und Auslagen) vom 9. August 1996 (GVBl S. 388) wird wie folgt berichtigt:

In § 1 Nr. 10 muß die Angabe: „Befreiungen nach § 23 Abs. 2 und 3 und Erlaubnisse nach § 24 Abs. 1 der Apothekenbetriebsordnung vom 9. Februar 1987 (BGBl I S. 547), zuletzt geändert durch Verordnung vom 9. August 1994 (BGBl I S. 2108)“ richtig lauten: „Befreiungen nach § 23 Abs. 2, 3 und 4 Satz 2 sowie Erlaubnisse nach § 24 Abs. 1 der Verordnung über den Betrieb von Apotheken in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. September 1995 (BGBl I S. 1195), geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 30. Juli 1996 (BGBl I S. 1186)“.

München, den 21. November 1996

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen

Im Auftrag

Dr. Schlötterer, Ministerialrat

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Max Schick GmbH, Druckerei und Verlag
Karl-Schmid-Straße 13, 81829 München
Postvertriebsstück – Gebühr bezahlt

Herausgeber/Redaktion: Bayerische Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München

Das Bayerische Gesetz- und Verordnungsblatt wird nach Bedarf ausgegeben, in der Regel zweimal im Monat.

Die Herstellung erfolgt aus **100 % Altpapier**.

Herstellung und Vertrieb: Max Schick GmbH, Druckerei und Verlag, Karl-Schmid-Straße 13, 81829 München, Tel. 0 89 / 42 92 01/02, Telefax 0 89/42 84 88, Bankverbindung: Bayerische Vereinsbank München, Kto.-Nr.: 38 365 444, BLZ 700 202 70

Bezug: Das Bayerische Gesetz- und Verordnungsblatt wird im Namen und für Rechnung des Herausgebers von der Max Schick GmbH ausgeliefert. Bestellungen sind ausschließlich an die Max Schick GmbH zu richten. Ausgaben, die älter sind als 5 Jahre, sind im Einzelverkauf nicht erhältlich. Abbestellungen müssen bis spätestens 31. Oktober eines Jahres mit Wirkung vom Beginn des folgenden Kalenderjahres bei der Max Schick GmbH eingehen. Reklamationen wegen fehlerhafter oder nicht erhaltener Exemplare müssen spätestens 1 Monat nach deren Erscheinungsdatum schriftlich oder per Telefax beim Verlag eingehen. Nach dieser Frist ist eine gebührenfreie Ersatzlieferung nicht mehr möglich.

Bezugspreis für den laufenden Bezug jährlich DM 55,00 (unterliegt nicht der gesetzlichen Mehrwertsteuer), für Einzelnummern bis 8 Seiten DM 4,00, für weitere 4 angefangene Seiten DM 0,50, ab 48 Seiten Umfang für je weitere 8 angefangene Seiten DM 0,50 + Versand.

ISSN 0005-7134